

Die Stadtratsfraktionen DIE LINKE, Freie Wähler und SPD werden eine Resolution als Beschlussvorlage in den Stadtrat für die Sitzung am 15. Juli 2020 einbringen. Die Resolution stimmt mit der vom Deutschen Städtetag empfohlenen Musterresolution überein. Wir erwarten, dass die Resolution vorbehaltlos beschlossen wird.

Resolution für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

Demokratie, Toleranz und Menschlichkeit sind unsere Werte

Suhl ist eine weltoffene und tolerante Stadt. Menschen vieler Nationalitäten, Kulturen und Religionen sind hier zu Hause. Gemeinsam treten wir ein für eine offene Stadtgesellschaft, die von Humanität, Toleranz, Demokratie, kultureller Vielfalt und Solidarität getragen ist.

Unsere Demokratie und die damit verbundenen Werte des Grundgesetzes sind die bedeutendsten Errungenschaften der Bundesrepublik Deutschland. Wir treten ein für ein Suhl, das Chancen und Perspektiven für alle Menschen bietet, die friedlich hier leben, im Einklang mit dem Grundgesetz.

Das Miteinander von Menschen verschiedener Herkunft, Religionen und Kulturen prägt das Gesicht unserer Stadt. Es macht unsere Stadt lebendig. Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus lehnen wir entschieden ab. Für sie gibt es kein Verständnis und keine Rechtfertigung. Extremen Haltungen und Handlungen wollen wir entschlossen entgegentreten und sie bekämpfen. Demokratische Werte zu leben und immer wieder zu beleben, ist ein ständiger Prozess, der uns alle gemeinsam fordert.

Wir treten ein für einen respektvollen Umgang

In unserer Stadt treffen vielfältige Interessen, Ansichten und Meinungen aufeinander. Deshalb braucht es Debatte und Streit der Meinungen. Meinungsverschiedenheiten dürfen aber nicht in Feindschaft und Hass münden. Wir stehen ein für Grundregeln der demokratischen Kultur und einen respektvollen Umgang, sonst nehmen

der Zusammenhalt der Gesellschaft und die Demokratie Schaden. Verunglimpfung, Beleidigungen und Gewalt in der Sprache, auch und vor allem im Internet, dürfen nicht toleriert werden. Wir treten entschieden dafür ein, dass Menschen in ihrer Würde nicht herabgesetzt werden. Wir treten entschieden dafür ein, dass menschenverachtende Ideologien nicht salonfähig werden.

Kommunalpolitik braucht Bürgernähe, Empathie und offene Ohren. Wir kämpfen für ein menschliches Miteinander. Wir stärken und schützen diejenigen, die sich ehrenamtlich in der Stadtpolitik und für die Stadtgesellschaft engagieren.

Wir stärken Allianzen und Bündnisse

Wir unterstützen das Bündnis für Demokratie, Toleranz, gegen Rechtsextremismus und unterstützen andere Initiativen, die Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bekämpfen und Radikalisierung verhindern. Hierfür braucht es gemeinsame Strategien und Anstrengungen. Wir schaffen Anlaufstellen, informieren, beraten, bündeln und vernetzen kommunale Aktivitäten. Wir initiieren und fördern Präventionsarbeit. Wir stellen uns der Debatte über die Verantwortung eines jeden Einzelnen für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Aktion gegen Rassismus

Am 15. Juli um 16.00 Uhr findet vor der Beratung des Stadtrates auf dem Markt eine Aktion des Suhler Bündnisses für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus und von Fridays for Future Suhl statt.

Schweinesystem

Die Corona-Krise hat den Zerfallsprozess von gesellschaftlichen Strukturen beschleunigt und Verhältnisse sichtbar gemacht, die hinter ideologischen Nebelwänden verborgen bleiben sollten. Jetzt werden Wahrheiten ausgesprochen, die bisher tabu waren. Positionen, die wir Linken schon lange vertreten, werden mehrheitsfähig. Dass das kapitalistische Wirtschaftssystem auf rückwärtslose Profitmaximierung ausgerichtet ist, wagen heute nur noch wenige zu leugnen. Wir haben stets gefordert, dass die Einrichtungen der Daseinsvorsorge nicht Profitinteressen, sondern dem Allgemeinwohl dienen müssen. Wir haben immer die Tatsache ausgesprochen, dass ein System, das auf Profitmaximierung beruht, nicht in der Lage ist, den Interessen der Gesellschaft zu dienen und die Natur zu bewahren und dass es zum Scheitern verurteilt ist. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger stellen die bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse infrage. Plötzlich dominieren böse Wörter wie Kapitalismus, Profitmaximierung und Ausbeutung die politischen Debatten auch in den Medien. Sogar von Sklaverei wird gesprochen. Aber es wird so getan, als ob die schrecklichen wirtschaftlichen und sozialen Zustände und ihre furchtbaren gesamtgesellschaftlichen Folgen etwas Neues wären. Dabei haben wir Linken, die Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und Kirchen seit Jahrzehnten die menschenfeindlichen Zustände angeprangert. Über viele Jahre wurde die Kritik abgeschmettert, es wurde weggesehen, die herrschende Politik duckte sich vor den Konzernen und ihrer Lobby, Gesetzesinitiativen wurden nicht ergriffen. Jetzt kann es nicht nur um das sofortige Ende des Systems Tönnies' gehen und um die Haftung Tönnies' für die Schweinereien. Es geht um die Veränderung von gesellschaftlichen Strukturen, um die Überwindung jener wirtschaftlichen Besitz- und Machtverhältnisse, die die vielen kriminellen Substrukturen erzeugen. Es geht letztlich um die Frage: Wie muss das wirtschaftliche und soziale System beschaffen sein, in dem die Menschheit überleben kann?

-ECKHARD GRIEBEL-

Das Mantelgesetz zum Sondervermögen des Freistaates

„Ich gäb' mein letztes Hemd für dich...“

So oder so ähnlich könnte man das Mantelgesetz zum Sondervermögen des Freistaates betrachten. Während der Bund bei den Corona-Soforthilfen noch rumgeeiert hat, machte Thüringen „Nägel mit Köpfen“. Auch wenn die Verhandlungen mit den Koalitionspartnern zeitweise sehr zäh und schwierig waren, zeigt sich, dass es eben nicht egal ist, wer Thüringen regiert. Mit knapp 1,2 Milliarden Euro und einer gehörigen Portion linker Politik sorgt das Land dafür, dass auch an DIE gedacht wird, die dem Bund bisher egal waren. Zugegeben – der Gesetzestext ist lang und sperrig, es lohnt sich aber, einen genaueren Blick auf die wichtigsten Passagen zu werfen. Dabei wird schnell klar, dass es nicht immer nur um Geld geht, an manchen Stellen bedurfte es nur kluger Regelungen. Im Folgenden versuche ich einen Überblick zu geben:

1. Kommunales

Los geht's mit dem wohl umfangreichsten Teil des Paketes. Damit die Thüringer Kommunen ihre Handlungsfähigkeit behalten, bedurfte es das meiste Geld, die praktikabelsten Lösungen und kurzfristiges Vertrauen der kommunalen Verbände in die Landespolitik. Im Mittelpunkt steht natürlich die exorbitante Mehrbelastung der kommunalen Kassen bei gleichzeitig sinkenden Steuereinnahmen, vor allem bei den Gewerbesteueren. Dazu stehen nun 185 Millionen Euro für die Städte, Gemeinden und Kreise zur Verfügung. Strittig wurde es bei der Frage der gerechten Verteilung. Während wir als LINKE-Kommunalexpertern auf ein vereinfachtes Antragsverfahren setzten, bei dem eine einfache Ausweisung der Mehrausgaben und der prognostizierten Mindereinnahmen ausge-

reicht hätte, um einen Ausgleich zu erhalten, setzte die SPD zusammen mit der CDU auf ein umstrittenes Verfahren. Gerade die CDU kritisierte in der Vergangenheit immer wieder die mangelhafte Schlüsselzuweisung der Gelder an die Kommunen – beim Sondervermögen nutzen sie aber genau diese veraltete Verteil-Praxis. 85 Millionen Euro werden so im Gießkannenprinzip ausgeschüttet, ungeachtet jeder fehlerhaften Wirkung. Die restlichen 100 Millionen werden unter den Kommunen und Kreisen verteilt, die mindestens 15% ihrer Einnahmen aus Gewerbesteuern ge-



nerieren – klingt kompliziert – ist es auch! Am Ende setzte man sich aber gegen LINKE und Grüne damit durch. Stichpunktartig weitere Maßnahmen für Kommunen: Kurorte bekommen 15 Millionen EURO für entgangene Einnahmen, der ÖPNV wird mit knapp 41 Millionen Euro gestützt, Kommunalparlamente können rechtssicher digitale Tagungs- und Abstimmverfahren nutzen, in Pandemiefällen darf der Hauptausschuss als Ersatz für den Stadtrat oder Kreistag fungieren, Liquiditätsengpässe in der Haushaltsführung dürfen im größeren Rahmen genehmigungsfrei durch Kassenkredite überbrückt werden.

2. Wirtschaft

Da der Bund sich nur um ausgewählte systemrelevante Wirtschaftszweige kümmern wollte, blieb ein großer Teil der Verantwortung bei den Ländern hängen. Thüringen hat sich mit den Unternehmen und den Arbeitnehmern solidarisch gezeigt und wichtige Unterstützung auf den Weg gebracht. Auch hier nur die wichtigsten Stichworte: knapp 80 Millionen Euro Soforthilfe für Unternehmen bis 250 Mitarbeiter, Bürgschaften für in

Not geratene Unternehmen in einer Summe von bis zu 915 Millionen Euro, 65 Millionen Euro für Gastronomie und Hotellerie. Bundesweit einzigartig sind die Unterstützungen für Soloselbstständige ohne Betriebskosten, welche naturgemäß im Kulturbereich zahlenmäßig stark vertreten sind, in Höhe von 20 Millionen EURO und Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung von Azubis mit 3,5 Millionen. Beides eingebracht und durchgesetzt von den LINKEN-Wirtschaftsexperten. Firmen, die Azubis aus insolventen Betrieben übernehmen, werden mit insgesamt 7,5 Millionen Euro belohnt.

3. Kultur

Wenn Museen und Theater geschlossen bleiben, entstehen beträchtliche Finanzierungslücken. Um die Kultur des Landes zu retten, setzt der Freistaat knapp 18,5 Millionen Euro ein. Davon profitieren auch freie Theater und kleine Kunstszenen. Ausgefallene Festivals und Großveranstaltungen werden mit 5 Millionen gestützt, damit sie im nächsten Jahr wieder stattfinden können. Damit zu guter Letzt die Schlösser, Burgen und andere historische Gebäude, welche durch Stiftungen betrieben werden, nicht verfallen und ihre laufenden Kosten decken können, stellt der Freistaat zusätzliche 5 Millionen zu den üblichen Förderungen bereit. Während Unterstützungen für Soloselbstständige ohne Betriebskosten gewährt werden, bleibt als einziger Wermutstropfen, dass es nicht gelungen ist, sich mit dem Bund auf eine Regelung für Kunst- und Eventschaffende im Nebengewerbe – sie machen einen Großteil der Kulturszene aus – zu einigen. Die Folgen davon wird man in den nächsten Jahren deutlich spüren.

4. Bildung, Jugend und Sport

Als eines der ersten Bundesländer hat sich Thüringen dazu entschieden, Kindergärten und Horte für die Zeit der Notbetreuung kostenfrei zu stellen. Ein klares Bekenntnis des LINKEN Bildungsministers Holter zu einer sozialen Familienpolitik. 34 Millionen Euro werden durch das Land an die Träger ausgereicht, damit Elternbeiträge ersetzt werden können. Einrichtungen der Jugendhilfe mussten geschlossen bleiben, die laufenden Kosten für Personal und Unterhaltung schlagen aber trotzdem zu Buche. Thüringen hilft mit

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag | **Preis:** eine Spende | **Herausgeber:** DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl | **Tel./Fax:** 03681/308158 | www.die-linke-suhl.de
e-Mail: rgheschaefsstelle@die-linke-suhl.de | **IBAN** DE59 8405 0000 1705 0071 51 | **BIC** HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Eckhard Griebel, Beerbergstr. 5 • 98528 Suhl | Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen | **Redaktionsschluss** unserer August-Ausgabe 2020 ist am 24.07.2020

15 Millionen Euro aus der Klemme. Der Distanzunterricht hat vor allem finanzschwache Familien belastet, da sie mit der Digitalisierung des Unterrichtes nicht mithalten konnten. Das Geld für notwendige Endgeräte fehlte. Dank des Digitalpaktes von Bund und Ländern stehen Gelder für Leihgeräte zur Verfügung. An genauen Geldsummen wird noch gearbeitet, 14 Millionen EURO stehen im Raum. Da auch keine sportlichen Aktivitäten möglich waren, steht es um den Sportstandort Thüringen schlecht. Aber Rot-Rot-Grün lässt auch hier keinen im Regen stehen und spannt einen Rettungsschirm für Breitensport und Profivereine in Höhe von knapp 23 Millionen EURO auf.

5. Gesundheit und Soziales

In einer Pandemie steht der Gesundheitsbereich unter einer beson-

deren Belastungsprobe. Hier zeigt sich, wer eine Infrastruktur in der medizinischen Vorsorge und Versorgung aufgebaut hat, die auch in Extremsituationen nicht zusammenbricht. Ganz ohne zusätzliche finanzielle und materielle Unterstützung geht es aber nie. Der Mehrbedarf für die persönliche Schutzausrüstung, Schnelltests, Laborausstattung und Testkapazitäten wird mit ca. 140 Millionen Euro aus dem Sondervermögen gedeckt. Kliniken, die Corona-Patienten behandelt haben oder die notwendigen Betten freihalten, werden mit insgesamt fast 200 Millionen Euro entschädigt – in der Hoffnung, dass die Kapazitäten weiterhin bei einer eventuellen zweiten Welle ausreichen. Mit Blick in die Zukunft auf eventuelle Medikamente oder Impfstoffe bereitet sich der Freistaat mit

5 Millionen Euro auf Einkäufe vor. Als kleines Dankeschön an die unermüdbaren Pflegekräfte beteiligt sich das Land mit 8 Millionen am Pflegebonus des Bundes. Ein Tropfen auf den heißen Stein! Nur eine dauerhaft höhere Entlohnung wird diesem harten Beruf gerecht!

Nicht alle Punkte konnten hier Erwähnung finden. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Pandemie entwickelt. Der Freistaat Thüringen hat seine Hausaufgaben gemacht und ein Paket verabschiedet, welches bundesweit kaum übertroffen wird. Es ist eben nicht egal, wer regiert. Auch wenn die Rücklagen des Landes fast vollständig aufgebraucht sind, wird R2G weiterhin Verantwortung für alle Thüringerinnen und Thüringer übernehmen.

– PHILIPP WELTZIEN, MdL –

Ein riesiges Dankeschön

Klaus Lamprecht hat angekündigt, zum 30.6. 2020 sein Stadtratsmandat niederzulegen. Darüber sind wir traurig, denn es ist ein echter Verlust. Schließlich war Klaus seit 1990 neben Reiner Miersch, Fred Korn und anderen ein Stadtrat der ersten Stunde für die PDS hier in Suhl. Als Fraktionsvorsitzender hat Klaus viele Jahre gewirkt und vor allem als Bürgermeister und Sozialdezernent ist er vielen Menschen bekannt.

Klaus stammt aus Greifswald, war Lehrer von Beruf und kam im September 1975 nach Suhl. Ich kenne Klaus seit 1986, als er verantwortlich für politische Bildung war. Er ging dann aber (oder wurde er gegangen?) als Lehrer an die Berufsschule des FAJAS und erlebte dort die Wende. Auf der Gesamtmittgliederversammlung des Betriebes sprach Klaus über Versäumnisse, Fehler und über eine menschliche Zukunft, für die wir eintreten müssen. So wurde er als Delegierter zum Sonderparteitag Ende 1989 gewählt. Klaus hat die Partei nicht verlassen und sich aktiv für einen Erneuerungsprozess eingesetzt. Wer damals dabei war, weiß, wie schwierig diese Zeit gewesen ist und wie der Hass auf Genossinnen und Genossen gewirkt hat. Klaus trat dann für die PDS zur Kommunalwahl an und engagierte sich seit dieser Zeit sachlich, konstruktiv und überzeugend für unsere Stadt. Ob es der Umgang



Mittwoch, 24. Juni 2020: letzte Stadtratssitzung für Genossen Klaus Lamprecht als Stadtrat. Ina Leukefeld und Philipp Weltzien verabschieden Klaus. Foto: Ronja Lenz

mit der Stadthalle der Freundschaft – dem heutigen CCS – war, der Kampf um den Erhalt der Thüringer Philharmonie oder die Finanzierbarkeit wichtiger Suhler Einrichtungen, Klaus war immer mit dabei.

In seiner Funktion als Bürgermeister war er für die Bereiche Soziales, Jugend, Kultur, Schule und Sport zuständig. Ein umfangreiches Aufgabengebiet von Hartz IV- Begleitung, Schulnetzplanung, Jugendhilfe(-Planung), Kindertagesstätten bis hin zum Sportstättenleitplan, kulturellen Veranstaltungen und tausend Dingen mehr, die das Leben der Suhler Bürger ausmachen. Das alles kostet viel Geld, und die Gesetze sind zu wahren und natürlich einzuhalten. Die Verwaltung sitzt für Kommunalpolitiker immer auf der anderen Seite des Schreibtisches. Dieses Bild stammt von Klaus und er hat auch manchmal darunter gelitten, wenn er Gründe vorgebracht hat, warum

etwas nicht geht. Dann haben wir diskutiert und nach Lösungen gesucht. So hat Klaus z.B. den Mietspiegel für Suhl mit Partnern entwickelt. Gern erinnere ich mich auch an den Kampf um FAIR TRADE TOWN, den er als Bürgermeister maßgeblich mit begleitet hat. Unvergessen bleibt auch sein Auftritt zum politischen Aschermittwoch im vergangenen Jahr.

Wir sagen Klaus ein riesiges Dankeschön für sein Engagement in mehr als 30

Jahren für linke Politik und ein solidarisches Zusammenleben. Das ist keine Selbstverständlichkeit und verdient große Achtung und Anerkennung.

Wenn Klaus bald nicht mehr dem Stadtrat, dem Finanz- sowie dem Kulturausschuss und dem Aufsichtsrat des CCS angehört, muss die „Lücke“ gefüllt werden. Dieter Spieker wird als Stadtrat nachrücken.

Aber Klaus wird unser Genosse und ein streitbarer Bürger bleiben, dem das Wohl der Menschen, die hier leben, wichtig ist. Ja, und dazu gehört auch das Leben der Tiere, denn als Vorsitzender des Fördervereins liegt ihm der Suhler Tierpark besonders am Herzen.

Lieber Klaus, wir wünschen dir und deiner Familie alles Gute und einen freudvollen UNRUHESTAND. BLEIB GESUND! – INA LEUKEFELD –

30 Jahre - eine Idee

Liebe Leserinnen und Leser der SAZ!

In diesem Jahr jährt sich zum 30. Male die Wieder-Herstellung der Deutschen Einheit. Ich will hier keine Bewertung vornehmen, weil die Auffassungen zur Art und Weise des Zustandekommens der Deutschen Einheit sowie zu dem, was danach folgte, außerordentlich unterschiedlich sind. Jede und Jeder hat seine eigenen Erfahrungen gemacht. Und da bin ich gleich beim Thema. Wir hatten im Stadtvorstand die Idee, unsere Mitglieder, Sympathisant*innen und die Leser*innen der SAZ zu bitten, ihre Geschichte aus den letzten 30 Jahren aufzuschreiben.

Die Geschichte muss auf eine DIN A4-Seite passen. Wir bitten darum, diese bis zum 1. September in der Geschäftsstelle der Linken, Rüssenstraße 19, auf Papier oder digital per Email (rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de) einzureichen, bitte mit Namen, Adres-

se und Tel-Nr.

Gern könnt ihr auch eure Kinder bzw. Enkel oder Freunde bitten, sich zu beteiligen. Es soll ein buntes Bild unseres Wirkens, unserer Vorstellungen und auch der kritischen Sicht entstehen. Schließlich ist ja auch viel passiert. Politisch, kulturell, solidarisch und natürlich ganz persönlich. Geschehnisse zum Lachen und Weinen, zum Staunen, zum Verzweifeln und zum Überraschen, was trotz aller Widerstände möglich wurde.

Wir würden gern zwei Dinge aus den besten Geschichten basteln: Zum einen eine kleine Geschichtsbroschüre und zum anderen ein kulturelles Programm, die ein Bild von der LINKEN in Deutschland, in Thüringen, in Suhl vermitteln.

Mal sehen, wen wir als Gäste zu unserer Veranstaltung, die Ende September / Anfang Oktober stattfinden soll, gewinnen können. In großer Erwartung und mit herzlichen Grüßen
- EURE INA -



Protest am 27. Juni gegen die AfD-Vorstandssitzung in Suhl

Termine Juli 2020

- Di 07.07. 19.00 Uhr „Was stimmt nicht mit der Demokratie?“ mit Prof. Dr. Klaus Dörre, FSU Jena. Angesichts der gegenwärtigen ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklung und nicht erst seit der Corona-Krise zeichnet sich ab, dass die globale Wachstumsdynamik moderner Gesellschaften nicht mehr stabilisierend wirkt, sondern selbst zum Krisentreiber geworden ist. Was bedeutet das für Gegenwart und Zukunft der Demokratie? Drohen autoritäre Entwicklungen oder gibt es Wege hin zu einer demokratischen Transformation, die den Erwartungen der Menschen und den globalen Herausforderungen entsprechen?
- Eine Veranstaltung der RLS Thüringen und des Gesprächsforums alternativ in der Kulturbaustelle
- Mi 15.07. 16.00 Uhr Aktion gegen Rassismus, Markt
- Do 16.07. 15.00 Uhr „Das ERZÄHLCAFÉ“ Beginn einer neuen Veranstaltungsreihe in der Kulturbaustelle. Mit diesem Angebot wird ermöglicht, dass sich Menschen unkompliziert treffen, etwas erzählen und zuhören können. Spannende Geschichten und Erlebnisse, Fragen, Erfahrungen, Lebensweisheiten kennenlernen

Vorschau August 2020

- Di 04.08. 19.00 Uhr DEFA-Filmklassiker in der Kulturbaustelle „Der nackte Mann auf dem Sportplatz“, DDR 1974, Regie: Konrad Wolf, u. a. mit Kurt Böwe, Ursula Karusseit, Marga Legal, Vera Oelschlegel, Katharina Thalbach, Ursula Werner, Erika Pelikowsky. FSK 6, 101 min

Die Budweisreise 2020 muss leider ausfallen

Liebe Leserinnen und Leser
Unsere für den 17. bis 20.09.2020 geplante Reise nach Ceske Budejovice muss leider ausfallen.

Durch unsere Budweiser Freunde wurden wir darüber informiert, dass eine gebührenfreie Stornierung der Hotelzimmer nur noch bis Ende Juni 2020 möglich ist. Da gegenwärtig noch unklar ist, ob Busreisen nach Tschechien im September überhaupt möglich sind und wenn ja, zu welchen Bedingungen, war uns das Risiko am Festhalten der geplanten Reise zu groß. Deshalb haben wir die Reise leider stornieren müssen.

Wir hoffen ganz einfach, dass die Fahrt 2021 dann wieder stattfinden kann. Darüber würden wir rechtzeitig informieren.

Um unser Busunternehmen in der schwierigen Zeit zu unterstützen, überlegen wir, am gleichen Wochenende eine kleinere Busreise in Thüringen oder Mitteldeutschland zu unternehmen. Dafür müssten aber die Bedingungen klar sein. Dazu wäre uns eure Meinung wichtig. Sendet diese bitte an:

Schriftlich an „DIE LINKE, Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl“ oder per E-Mail an rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de

- DIE REISELEITER -

Hinweis: Unter <https://www.change.org> findet man die Petition

„Deutschland mit Europa - Für ein Ende der Blockade gegen Kuba!“

Ausstellung Zwei deutsche Architekturen 1949 - 1989

KULTURHOF KRÖNBACHEN, ERFURT
MICHAELISSTR. 10

26. Juli bis 13. September,
geöffnet Dienstag bis Sonntag,
11.00 - 18.00 Uhr

Anhand von Fotografien, Plänen und Modellen werden zehn Architekturdiskurse zur Ausprägung der Architektur in der DDR und der BRD präsentiert.